

Antrag

der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Thema: **„Nichts über uns ohne uns“ – Inklusion in Sachsen weiter voranbringen**

Der Landtag möge beschließen,
die Staatsregierung zu ersuchen,

- I. bis Anfang 2023 den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getreu dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ zu evaluieren und ressortübergreifend weiterzuentwickeln und dabei
 - a. den neuen Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen einzubeziehen,
 - b. die Perspektive der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehöriger aufzunehmen,
 - c. die aktuellen Entwicklungen des Bundesteilhabegesetzes und dessen Ausführung in Sachsen einzubeziehen;
- II. in diesem Rahmen unter Vorbehalt des sächsischen Doppelhaushalts 2021/2022 ein Programm „Sachsen Barrierefrei 2030“ ressortübergreifend zu erarbeiten, das den Schwerpunkt auf den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum legt.

Dresden, 21. Januar 2021

Unterzeichner: Christian Hartmann
Ort: Dresden
Datum: 21.01.2021

Unterzeichner: i.V. Valentin
Lippmann
Datum: 21.01.2021

Unterzeichner: i. V. Sabine Friedel
Ort: Dresden
Datum: 21.01.2021

Christian Hartmann, MdL
CDU-Fraktion

Franziska Schubert, MdL
Bündnis 90/Die Grünen

Dirk Panter, MdL
SPD-Fraktion

Begründung:

Am 8. November 2016 wurde der Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Nach einem umfassenden Prozess, der gemeinsam mit Verbänden und Vertreterinnen und Vertretern von Menschen mit Behinderungen durchgeführt wurde, stand der Plan mit einer Vielzahl von Maßnahmen in allen Lebensbereichen.

Der Aktionsplan selbst hält fest, dass die Wirksamkeit der Maßnahmen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden sollen. Wichtig ist, dass der Prozess der Evaluation und Fortschreibung des Aktionsplans partizipativ gestaltet wird. Daran müssen nicht nur selbstverständlich die Verbände der Menschen mit Behinderungen beteiligt werden, sondern auch alle Ressorts der Staatsregierung mit. Insgesamt ist der Beteiligungsprozess wieder so breit wie möglich aufzustellen. Erstmals soll auch explizit die Perspektive von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehöriger aufgenommen werden.

Trotz der Bemühungen in verschiedenen Bereichen der vergangenen Jahre gibt es noch Lücken in der Barrierefreiheit. Besonders im öffentlichen Raum sind noch viele Barrieren abzubauen. Dafür soll im Rahmen des Aktionsplans ein Programm entwickelt und aufgelegt werden, das sich als Ziel den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum setzt.